

UNABHÄNGIGE
WÄHLER-GEMEINSCHAFT

UWG:

Freie Bürger

Wir
sind für
Sie
da!

STADT ECHO

Ausgabe Frühjahr/Sommer 2023



Besuch im Stadtarchiv:



Peter Mainka ist neu in der BV Nord:

Bauvorhaben sind kritisch zu sehen – Bürgerinitiativen mit einbeziehen:



Stadtbücherei hinkt digitalem Zeitalter hinterher:

Platanen-Kahlschlag in klimakritischen Zeiten ist fahrlässig:



Bochum Rathaus (Nord)



Wozu haben wir eigentlich Mülldetektive?:

Inhalt

Vorwort	03	Platanen-Kahlschlag Graf-Adolf-Straße	15
Bauvorhaben in Bochum, Bürgerinitiativen mit einbeziehen!	04	Kritik an rot-grüner Bildungspolitik	16
Autofreier Bebel-Platz sorgt für Unmut ..	08	Stadtbücherei Bochum hinkt hinterher	17
Verkehrssituation für Radfahrer	09	Brauchtumsveranstaltungen	18
Großstadt mit Lebensgefahr?	10	Was ist eine Wähler-Gemeinschaft?	19
Wozu haben wir Mülldetektive?	11	Themenschwerpunkte 2023	20
Peter Mainka ist neu in der BV Nord	12	Meldungen	22
Aus Bochums Norden	13		
Wilde Müllkippe am KGV Bergmannsheil .	14		

UNABHÄNGIGE
WÄHLER-GEMEINSCHAFT

UWG:

Wir sind für Sie vor Ort!

Freie Bürger

**Unabhängig & bürgernah
für unsere Stadt!** ✓

Impressum

Herausgeber:

Unabhängige Wähler-Gemeinschaft
UWG: Freie Bürger

Anschrift der Redaktion:

Stadt Echo c/o UWG: Freie Bürger
Otto-Brenner-Straße 25
44866 Bochum-Wattenscheid

Telefon: 0234 910-1983

E-Mail: info@uwg-freie-buerger.de

Layout/Satz: unidad werbeagentur,
Bochum - www.unidad.de

Gedruckt auf Recyclingpapier weiß
(Blauer Engel, FSC)

Bilder: Ulli Engelbrecht, Hans-Friedel Donschen, Andreas Friedewald, Jens Lücking, Tim Pohlmann, Manfred Seidel, Hans-Josef Winkler, Stadt Bochum Presseamt, Stadt Bochum (Flickr), Festausschuss Wattenscheider Karneval, WasserWelten Bochum GmbH, Pixabay, IStock, AdobeStock

Nachdruck nur mit Quellenangabe. Die Redaktion behält sich vor, Beiträge und Zuschriften zu kürzen. Alle Angaben ohne Gewähr. Für Essays und Gastbeiträge übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

HINWEIS zu „Keine Werbung einwerfen“

Parteizeitungen oder Gratis-Anzeigenblätter dürfen trotz „Keine Werbung“-Aufkleber eingeworfen werden. Sie enthalten redaktionelle Inhalte, gelten daher NICHT als Werbung. Hier hilft nur schriftlicher Widerspruch. (Urteil des Bundesgerichtshofs aus dem Jahr 1988 (Az. VI ZR 182/88))



STADT ECHO

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

es gibt viel zu tun in Bochum und Wattenscheid, Missstände zu beseitigen, Rücksicht zu nehmen und mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger sorgsam umzugehen.

Ob in der Verkehrspolitik, die für alle Verkehrsteilnehmer gute und sichere Wege bereitstellen muss, oder beim Versuch, unsere Stadt sauberer und lebenswerter zu machen, teure Bauvorhaben zu verhindern oder eine für uns alle wichtige und erreichbare Schwimmbadlandschaft zu behalten, wir sind für Sie vor Ort.

Im Rat, den Ausschüssen und den Bezirksvertretungen bringen wir uns für Ihre Belange ein.

Unsere Stadt ist in erster Linie für die Bürgerinnen und Bürger da, für eine gute Infrastruktur, ein gutes Miteinander, von jung bis alt und von Alt- bis Neubürger, von Fahrradfahrer bis Fußgänger.

Bitte bleiben Sie mit uns im Gespräch, denn Ihre Anregungen, die Kenntnisse vor Ort und auch die vielen Tipps, die uns und damit alle weiterbringen, sind wichtig. Mitmachen ist ausdrücklich erwünscht!

Es grüßt Sie herzlich

Jens Lücking

Vorsitzender der UWG: Freie Bürger-Ratsfraktion



Bauvorhaben in Bochum sind kritisch zu sehen – Bürgerinitiativen mit einbeziehen!

Verfahren müssen geprüft und neu betrachtet werden



Die Stadt Bochum hat sich im Zuge der Stadtentwicklung das Ziel gesetzt, jährlich mindestens 800 Wohneinheiten, besser 1000, in Bochum

neu zu bauen. Mindestens 20 Prozent der neugebauten Wohnungen sollen öffentlich gefördert werden. Die Neubauten sollen in u.a. in Gerthe-West, am Schlosspark und Hinter der Kiste in Weitmar, am Wilhelm Leithe Weg und Bahnhofsquartier in Wattenscheid, am Ruhrort in Dahlhausen sowie an der Brantopstraße errichtet werden. Aufstellungsbeschlüsse, beispielsweise am Schlosspark oder am Wilhelm-Leithe-Weg-Süd, sind bereits auf den Weg gebracht worden.

„Aus der Bürgerschaft formiert sich zu Recht erheblicher Widerstand bis hin zur kompletten Ablehnung der Bauvorhaben“, sagt Hans-Josef Winkler, stv. Ratsfraktionsvorsitzender der UWG: Freie Bürger. „Die Kritik richtet sich gegen die Art und Weise der Bauvorhaben, gegen die erheblichen Eingriffe in Natur und Klima unter Nichtbe-

achtung des von der Stadt Bochum ausgerufenen Klimanotstandes und vor allem gegen die mangelnde Kommunikation und Mitsprache.“ Einige Bauvorhaben stützen sich unter anderem auf Daten und Erkenntnissen aus dem Handlungskonzept Wohnen 2017, so Winkler weiter, zudem wurden zum Teil Untersuchungen wie Verkehrszählungen in Pandemiezeiten durchgeführt. „Es ist zumindest zweifelhaft, ob die so ermittelten Ergebnisse der Realität entsprechen.“

Auch hätten sich die Grundlagen für die Entscheidung der Bauvorhaben zwischenzeitlich elementar geändert. Winkler: „Die gestiegenen Zinsen und explodierenden Herstellungs-, Material- und Personalkosten, sowie mangelnde Verfügbarkeit von Mensch und Material und Inflation haben dazu geführt, dass selbst Unternehmen wie Vonovia davon absehen, neu zu bauen. Auf Grund dessen ist die Umnutzung von Flächen und die Sanierung und Erweiterung (durch Aufstockung) des Bestandes, auch im Sinne der Nachhaltigkeit und der Baukostenentwicklung primär zu verfolgen. Auch ergreift aktuell das Bundesministerium für Umwelt



und Naturschutz (BMUV) Maßnahmen, ökologisch wertvolle Flächen zu erhalten und Wohnraum besser durch sogenanntes Flächenrecycling zu schaffen.“

Die UWG: Freie Bürger-Ratsfraktion hat daher einen Fragenkatalog erstellt und ins politische Gremium des Ausschusses für Planung und Grundstücke eingebracht:

Inwieweit setzt die Verwaltung die Erkenntnisse des BMUV um, in laufenden Bebauungsverfahren den Erhalt von Ackerflächen, Freiflächen und Kaltluftleitbahnen zu berücksichtigen?

Wie viele Wohneinheiten wurden seit 2017 durch die Umnutzung und Entsiegelung von Brachflächen, Baulücken und bestehendem leerstehendem Wohnraum (Flächenrecycling) geschaffen?

Welches Potenzial sieht die Verwaltung, durch Umnutzung und Entsiegelung von Brachflächen, Baulücken und bestehendem leerstehendem Wohnraum (Flächenrecycling) zukünftig zu schaffen?

Inwieweit ist der Ankauf und die Umnutzung von Schrottimmobiliien eine Option?

Inwieweit werden die Ergebnisse des Naturschutzbeirates aus der Sitzung vom 29.03.2023 im Aufstellungsbeschluss für das Änderungsverfahren 55 BO (Dietrich-Benking-Straße Ost) berücksichtigt, der da fordert, dass Acker- und Grünflächen nicht zu versiegeln, zusammenhängende Biotopverbünde zu erhalten und Entscheidungen aufzuschieben sind, bis das aktuelle Wohnbaulandkonzept und der Klimaplan abgestimmt sind?



„Es gibt eine Menge zu kritisieren und zu hinterfragen“, resümiert Hans-Josef Winkler, „denn vor dem Hintergrund des Klimawandels und explodierender Mieten müssen alle Bauvorhaben in Bochum auf den Prüfstand und neu betrachtet werden.“

Stadt geht uns alle an! Das neue „Handlungskonzept Wohnen“ muss unbedingt die Bürger einbeziehen

Das Handlungskonzept Wohnen wird noch in diesem Jahr neu aufgelegt. „Wir erwarten, dass Bochum sich positioniert, um dem selbst ausgerufenen Klimanotstand gerecht zu werden. Und dass muss ganz klar heißen: die Versiegelung von Flächen wird ausgesetzt, Priorität hat die Bestandssanierung“, sagt Hans-Josef Winkler und fügt hinzu:

„Es muss auch unbedingt die Ausweitung des Sozialwohnungsbestandes angestrebt werden. Denn: Wohnen muss bezahlbar bleiben!“

Ebenfalls müsse in dem Konzept auch festgeschrieben werden, dass eine vernünftige und befriedigende Bürgerbeteiligung vorgesehen ist. Schließlich: Stadt geht uns alle an! Bochum habe ein personell stark verwobenes Netzwerk aus Heimatvereinen, Bürgerinitiativen und Aktionsgemeinschaften, deren Mitglieder sich in ihren Stadtteilen gut auskennen und sich daher mit kompetenten Ideen in die Planungsprozesse einbringen können. Die bisherigen Grundsatzdiskussion finden zumeist in bester Hinterhofmanier im stillen Kämmerlein statt. Mit Klarheit, Wahrheit, Offenheit habe diese politische Beteiligungskultur leider nichts am Hut.

Winkler: „Gut organisierte Bürgerbeteiligung, die auch ernst genommen wird, erhöht unser aller Zufriedenheit, stärkt unser

Vertrauen auch in die repräsentativen Institutionen und gibt uns die Sicherheit, dass Demokratie funktioniert. Ignoranz bewirkt genau das Gegenteil: Sie zerstört Vertrauen und schafft Unzufriedenheit. Die Politikverdrossenheit wird weiter verstärkt und die Wahlbeteiligung wird weiter sinken.“

Bürger-Engagement eröffnet kreative und gemeinsame Lösungen in vielen Bereichen



des gesellschaftlichen Lebens. In der Stadtplanung ebenso wie in der Sozialarbeit, im Umweltsektor, in der Grünflächenpflege und der Kultur. Es lebt von den Fähigkeiten, Kompetenzen und Interessen der Engagierten. Aktive Bürger erneuern mit ihrem freiwilligen Engagement Tag für Tag die Bindekräfte unserer Gesellschaft. Bürger-Engagement ist die lebensweltliche Kehrseite der formalen Prozeduren unserer Demokratie. Ihr Zusammenspiel ist zwar nicht immer spannungsfrei, aber gerade in dieser Balance beweist sich die Lebendigkeit einer demokratischen Ordnung. Hier bedarf es nicht nur wechselseitiger Anerkennung und Toleranz. Politik, Verwaltung und Bürgerschaft müssen gemeinsame Leitlinien formulieren, um Bürger-Engagement zu erleichtern und zu verbessern. Leben und Wohnen muss neu überdacht werden, wie auch die Zukunft unserer Innenstadt.



um sinnvolle verkehrliche Anbindungen Gedanken macht, die das gesamte Spektrum der Mobilität umfassen. Auch in diesem Fall ist es unabdingbar, die Bürger von Anfang an in die Planungen einzubinden.

Schlußendlich müsse man konstatieren, dass Bochum und Wattenscheid genügend große und kleine Gewerbeflächen haben. Allein an der Essener Straße, auf dem Gelände der ehemaligen Kleingartenanlage Thiemannshof, werde demnächst großflächig ein neues Gewerbegebiet entwickelt. Es wäre besser, zunächst einmal Brachen und Schrott-Immobilien zu ertüchtigen, als immer neue Flächen zu versiegeln.

Hans-Josef Winkler: „Unser Fazit: Ja, wir benötigen Wohnraum. Aber nicht immer auf Kosten der unversiegelten Flächen und gegen den Willen der Bürger.“

„Meiner Überzeugung nach bieten die leerstehenden Ladenlokale in Bochum und Wattenscheid Potenzial für individuellere Nutzungen wie urbane Produktionen oder spezielle Dienstleistungen.“

Junge Unternehmen zeichnen sich unter anderem dadurch aus, dass sie kürzere Lieferwege bevorzugen, geringeren Platzbedarf beanspruchen und umweltschonend produzieren. Dazu gehört dann aber auch, dass man sich generell



Autofreier Bebel-Platz sorgt für Unmut bei den Anwohner

Wir informieren über Planungen



„Wir haben die Bürger erreicht, die wir erreichen wollten, nämlich Anwohner aus der Voedestraße, der Otto-Brenner-Straße, Bahnhofstraße oder Probst-Hellmich-Promenade“, sagt Hans-Josef Winkler, Vorsitzender der Bezirksfraktion der UWG: Freie Bürger in Wattenscheid, dessen Fraktion kürzlich zu einer Infoveranstaltung vor Ort zur geplanten Umgestaltung des August-Bebel-Platzes einlud.

„Dass sich bei der autofreien Variante der Verkehr massiv in die Umgehungsstraßen verlagern wird, liegt auf der Hand. Und davor hätten die Menschen Angst“, resümiert Winkler. Mehr Verkehr bedeute mehr Lärm, mehr Gefahren, letztlich mehr Einschränkung der Lebens- und Wohnqualität. Die Vorfestlegung auf den autofreien Umbau sei somit äußerst fragwürdig, denn es werde letztlich auch nicht die Komplexität des

gesamten Projektes widergespiegelt, so die einhellige Meinung der Besucher.

Es gab Kritik, es gab auch Vorschläge. Warum ist es nicht möglich, so ein Bürger, einen sogenannten Shared Space einzurichten, also einen verkehrsberuhigten Bereich, in dem alle Verkehrsteilnehmer aufeinander Rücksicht nehmen. Er kenne dies vom Opernplatz in Duisburg. Es sei aber nicht nur der Verkehr, der Fragen aufwerfe, so ein weiterer Bürger, auch dass der Bau eines mehrstöckiges Gebäude auf dem Platz geplant sei, Sorge bei ihm für Irritationen. Mit Aufenthaltsqualität habe das nichts zu tun, so schaffe man nur einen Angstraum. Und außerdem: Wie solle denn durch ein wichtiges Gebäude der jetzt schon nicht gegebene Platzcharakter wiederhergestellt werden?

Hinzu komme die Idee der Bochumer Wirtschaftsentwicklung, das Zentrum von Wattenscheid zukünftig zu einem Gesundheitsstandort auszubauen. Das wirke vor dem Hintergrund der Autoverbannung realitätsfern. Denn die verkehrliche Anbindung insbesondere für mobilitätseingeschränkte Menschen, die in der Regel Ärzte und Therapeuten aufsuchen, wäre in keiner Weise mehr gegeben. Winkler: „Es ist nicht schön, dass man bei derart wichtigen verkehrs- und infrastrukturpolitischen Maßnahmen die Menschen, die es betrifft, knallhart im Regen stehen lässt.“



Verkehrssituation für Radfahrer muss verbessert werden

Antrag im Bezirk Wattenscheid



Mit zwei Anträgen will die UWG: Freie Bürger die Verkehrssituation für Radfahrer verbessern. Zum einen geht es um den Bereich Zeppelindamm, zum anderen um den Lückenschluss Wattenscheider Hellweg/Essener Straße. Beides Themen mit Priorität in der Bezirksvertretung Wattenscheid.

Hans-Josef Winkler, Bezirksfraktionschef der UWG: Freie Bürger: „Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit die Straße Alter Zoll und die Zollstraße bis zur Einmündung Op de Veih zu Fahrradstraßen erklärt und der Autoverkehr ausschließlich auf Anliegerverkehr beschränkt werden können. Für den Bereich der Zollstraße Richtung Op de Veih und Einmündung Zeppelindamm („Blaue Brücke“), das sind ca. 150 Meter, wird geprüft ob ein Schutzstreifen für Radfahrer angelegt werden kann.“

Es ist davon auszugehen, dass die jetzige Verkehrssituation am Zeppelindamm für Radfahrer noch über Jahre weiterhin gefährlich bleibt, denn der Mehrzweckstreifen bleibt für Radfahrer weiterhin unbenutzbar, weil zahlreiche LKW, Werbeanhänger und Kleitransporter dort abgestellt werden. Die Errichtung einer Fahrradstraße die parallel über den Alten Zoll und die Zollstraße bis zum Zeppelindamm verläuft, würde eine schnelle und kostengünstige Verbesserung der verkehrlichen Situation zu Gunsten der Radfahrer erreichen.

Zum Thema Lückenschluss sieht der Ergänzungsantrag der UWG: Freie Bürger vor, dass Bochum mit Essen kooperiert und sich dafür einsetzt, dass das Teilstück zwischen Kreuzung Berliner Straße/Zeppelindamm/Wattenscheider Hellweg bis zum Knotenpunkt Bochumer Landstraße/Rodenseelstraße/Sachsenring (auf Essener Stadtgebiet) ebenfalls zeitnah mit Radverkehrsanlagen ausgestattet wird.

Im Zuge des Neubaus eines Einkaufszentrums im Bereich Bochumer Landstraße / Sachsenring nimmt die Stadt Essen umfassende Umbaumaßnahmen an dem Knotenpunkt Bochumer Landstraße/Rodenseelstraße/Sachsenring vor. Die Umbaumaßnahmen schließt auch die Einrichtung neuer Radverkehrsanlagen mit ein. Auf Bochumer Seite ist nach der Kreuzung Zeppelindamm derzeit nichts geplant. „Und das geht so nicht“, kritisiert Winkler.



Großstadt mit Lebensgefühl wird immer mehr zur Großstadt mit Lebensgefahr



„Wir haben den Artikel in der Tagespresse zum Anlass genommen, uns mit der Sache genauer zu beschäftigen, denn wir brauchen offensichtlich viel mehr infrastrukturalle Sicherheit für Fußgänger“, sagt Jens Lücking, Fraktionschef der UWG: Freie Bürger. Er meint damit den Vorfall, bei dem eine mobilitätseingeschränkte Seniorin auf der Stresemannstraße in Wattenscheid mit ihrem Rollator aufgrund einer losen Gehwegplatte so schwer gestürzt ist, dass sie sich ärztlich behandeln lassen musste und ihr Rollator einen Totalschaden davon trug. Sie wandte sich an die Stadt mit der Frage, wann denn diese und ähnliche Gefahrenstellen an Gehwegen durch die Stadt beseitigt würden.

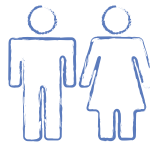
Nun bekam Sie zur Antwort, dass zum Beispiel im Bereich von Bäumen, in denen das Wurzelwerk erkennbare Stolperfallen hinterlässt, eine größere Sorgfalt des Verkehrsteilnehmers gegeben ist als im Bereich von Fußgängerzonen.

Nur wenn ein Straßenschaden oder eine Stolperkante nicht mit der gebotenen Sorgfalt des Verkehrsteilnehmers erkannt werden kann, handelt es sich in diesem Sinne um einen verkehrssicherungspflichtigen Fall. Eine Verletzung der Verkehrssicherungspflicht liege nicht schon deshalb vor, weil ein Gehweg Mängel oder Stolperfallen aufweise. Vielmehr habe jeder Verkehrsteilnehmer den Gehweg oder die Straße so zu nutzen, wie er sich aktuell darstellt und sein Verhalten den gegebenen Umständen anzupassen. „Übersetzt heißt das dann wohl: Selber Schuld!“

Lücking: „Eine solche Antwort gegenüber einem mobilitätseingeschränkten, älteren Fußgänger, der gerade einen erheblichen Schaden erlitten hat, ist unerhört. So wird aus einer Großstadt mit Lebensgefühl immer mehr eine Großstadt mit Lebensgefahr!“

Daher hat er eine Anfrage für den Haupt- und Finanzausschuss formuliert und möchte gerne Folgendes wissen. Teilt der Oberbürgermeister die in der Zeitung getätigten Aussagen seiner Mitarbeiter? Warum werden den Radfahrern rote Teppiche ausgerollt und den Fußgängern unzumutbare Wege als verkehrssicher angeboten?

Braucht es nach Meinung der Verwaltung einen Fußverkehrsbeauftragten, der sich auch um solche Fälle wie hier, kümmern kann?



Wozu haben wir eigentlich Mülldetektive?

Vermüllung im Schatten des BVZ

Im Schatten des BVZ und des Technischen Rathauses türmt sich auf der Hans-Böckler-Straße allwöchentlich regelmäßig säckeweise der Müll. Es beginnt meist montags mit einer einsamen Tüte, die dort abgestellt wird. Ehe man sich versteht, wächst zumeist bis zum Wochenende ein Müllberg an.

Gut sichtbar für Bürgerinnen und Bürger, für viele Mitarbeiter verschiedener Verwaltungseinheiten und so weiter. Dieser Abladeort mitten im Stadtgebiet ist ganz klar zu einer beliebten Abladestelle geworden, der regelmäßig aufs Neue bestückt wird. Und warum ist das so? Weil's offensichtlich keinen Verantwortlichen kümmert.

Es sollte eigentlich die Pflicht der Stadtverwaltung sein, wilde Abfallstellen wie diese nicht nur zu räumen, sondern auch zu überprüfen, welche umweltschutzferne Zeitgenossen öffentlichen Raum nutzen, um ihre Überbleibsel loszuwerfen.

„Wozu haben wir eigentlich Mülldetektive“, fragt sich Hans-Josef Winkler von der UWG: Freie Bürger und Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Nachhaltigkeit

und Ordnung. „Anhand der Inhalte in den Säcken müsste doch herauszufinden sein, wer der Verursacher ist. Warum hier immer noch nichts passiert ist, kann ich nicht nachvollziehen.“ Die UWG: Freie Bürger hat bereits mehrfach den Mängelmelder kontaktiert. Und tatsächlich war auch der USB bereits einmal zum Einsammeln vor Ort.



Übrigens: Noch stehen die Chancen für Mülldetektive nicht schlecht. Doch sie müssen sich sputen, denn seit dieser Woche wird der Müll in blickdichten blauen Tüten verpackt.



Peter Mainka ist neues Mitglied der Bezirksvertretung Nord

Nachfolger von Hans-Friedel Donschen



Hans-Friedel Donschen hat sich nach 24 Jahren aus der politischen Arbeit im Bezirk Nord zurückgezogen. In seinem Dankeswort erinnerte er in der Sitzung im März an die lange Zeit der erfolgreichen und vertrauensvollen Zusammenarbeit mit der Bezirksvertretung und der Bezirksverwaltung. Hier habe er im Kollegium stets das erlebt, was ihm immer wichtig war: lösungsorientiert arbeiten und politisch vernünftige Lösungen zum Wohl der Bürger und Bürgerinnen finden.

Das Ende einer Ära ist auch gleich der Beginn einer neuen Ära. Denn mit Peter Mainka setzt die UWG: Freie Bürger die Tradition der Politik nah am Menschen fort. „Ich freue mich auf die neue Aufgabe und werde mich, wie mein Freund und politischer Mentor Hans-Friedel Donschen, pflichtbewusst und engagiert für den Norden einsetzen“, sagt Peter Mainka und fügt hinzu: „Ich lebe seit über 30 Jahren in Hiltrop und bin familiär und beruflich fest mit meinem Sprengel verwurzelt. Meine beiden nunmehr erwachsenen Kinder haben den Hiltroper Kindergarten, die Frauenlobschule, das Heinrich-von-Kleist-Gymnasium und die Ruhr Universität besucht und erfolgreich abgeschlossen.“

Mainka ist selbständiger Bautechniker und Dachdeckermeister und hat fast 30 Jahre

lang einen Betrieb in Riemke als Geschäftsführer und Betriebsleiter geführt. In seiner Freizeit treibt er gern Sport, ist Mitglied im VFL und Dauerkartenbesitzer, unterstützt den Beirat des DJK Hiltrop/Bergen bei seinen vielseitigen Aufgaben und ist zudem begeisterter Basketballer und Segler.

Die „große Politik“ verfolgt er mit Interesse, aber mehr noch schlägt sein Herz für die lokalen Belange der Menschen. „Ich will mitreden, mitgestalten, mitverantwortlich sein. Zugleich beobachte und begleite ich kritisch die Arbeit der Verwaltung, mische mich ein, frage nach, prüfe frei und ungezwungen Alternativen und bin offen für den sachlichen Diskurs.“

Der Bochumer Norden verändere sich. Das sei nicht zu übersehen. Nicht nur die geplanten Gewerbeansiedlungen und Bauvorhaben sorgen für Unmut, auch die daraus resultierende verkehrliche Belastung werde zunehmen. „Wir müssen jetzt konsequent gute und umweltverträgliche Antworten finden, damit uns der Stadtteil nicht um die Ohren fliegt. Ich freue mich auf die neuen Aufgaben, auf die neuen Erfahrungen und vor allem auf die Menschen vor Ort, die ich bereits kennengelernt habe und auf die Menschen, die ich noch kennenlernen werde.“

Aus Bochums Norden

Hans-Friedel Donschen, Mitglied der Bezirksvertretung Nord, informiert



Wer von den vielen Grundstücks-Eigentümern ohne Ärger, Zorn und Verzweiflung bei der Erhebung der Grundsteuer geblieben ist, hat sicher einen fähigen Steuerberater herangezogen, ist selbst vom Fach und wartet einfach gleichgültig auf die Folgen einer verpassten Abgabefrist.

Es ist schon deprimierend zu erleben, wie einige Menschen an dem vorgegebenen Programm bzw. Vordruck verzweifeln. Manche haben es tatsächlich geschafft, entweder allein durch tagelanges Herumprobieren, in Teamarbeit oder über Hilfsprogramme im Netz, ihre Grundsteuererklärung fertigzustellen und einzureichen. Vor der Abgabe über „Elster“ musste schließlich alles fehlerfrei passen. Ich bin gespannt auf die Fehlerquote, die durch die Abgabe der Formulare in Papierform entstehen dürfte.

Insgesamt sollten bis Mitte Januar die Erklärungsabgaben noch unter 50 Prozent liegen. Kürzlich las ich, dass vor Schätzung und hohen Strafen der Finanzämter und somit vor bürgerlichem Streit und Ärger gewarnt wird, wenn die Grundsteuererklärung nicht pünktlich eingereicht wird. Es ist nicht in Ordnung, das dieses völlig danebengeratene und bürgerbefremdliches Antragsverfahren letztlich mit der Keule durchgesetzt werden soll.

Leider wird in der Berichterstattung nie erwähnt, wodurch diese Misere hervorgerufen

wurde und wer dafür verantwortlich ist. Durch die Komplexität in Verbindung mit Bruchrechnen, unverständlicher Amtssprache, umständlicher Ausdrucksweise und langen Kettensätzen wurde bereits Verdrossenheit, Verzweiflung und Gleichgültigkeit bei den Grundstücks-, Haus- und Wohnungseigentümern provoziert.

Nun sollen weitere Programme, Videos, Hotlines und Angebote von unterschiedlichen Organisationen Hilfe leisten. Warum wurden diese Hilfen nicht sofort selbsterklärend und bürgerfreundlich in die Unterlagen eingearbeitet? Die grundlegenden Daten liegen den Behörden doch vor und hätten entsprechend aufbereitet werden können. Was aber gar nicht geht: Den Grundsteuer-Pflichtigen die Arbeit zuschanzen und ihnen dann die Schuld fürs Misslingen anlasten. Das ist kein guter Stil!



Verwaltung kapituliert offenbar vor wilder Müllkippe am KGV Bergmannsheil



An der Zuwegung von der Hüttenstraße zur Kleingartenanlage KGV Bergmannsheil wird auch zukünftig mit einer wilden Müllkippe zu rechnen

sein, das ergab eine Antwort auf eine Anfrage der UWG: Freie Bürger-Ratsfraktion.

„Neben Altreifen und Hausrat aller Art findet sich dort verstreut und in großer Menge Metallschrott, Bauschutt, verrotteter Grünschnitt, Malerutensilien wie Farbeimer, Farb- und Silikonkleberdosen und vieles mehr. Offensichtlich wird dieser schwer einsehbare Grüngürtel seit längerem schon als Müllabladepplatz benutzt. Da in dem Abschnitt auch hin und wieder Kinder spielen, besteht sicherlich dringender Handlungsbedarf“, so der Anfragetext.

Der Verwaltung, so die lapidare Antwort, sei die wilde Kippe bekannt. Im oben genannten Bereich werde vom Technischen Betrieb immer wieder versucht, dem Abladen und Abkippen von Abfällen, Einhalt zu gewährleisten. „Jedoch schrecken auch Sperren aus Stammholz und Kronenholz - auch meterhoch - nicht ab.“

„Wir sind über die schmallippige Aussage der Verwaltung ziemlich verärgert“, konstatiert Josef Winkler, umweltpolitischer Sprecher der Ratsfraktion der UWG: Freie Bürger. „Während der Oberbürgermeister die fehlende Stadtbildpflege mit dem alljährlichen Stadtputz medienwirksam mit Hilfe der Bürger kompensieren will, scheint die Verwaltung nur halbherzig gegen das Abkippen von Müll in diesem Bereich vorzugehen.“ Eigentlich habe die Stadt Bochum durch die Einführung der Mülldetektive den wilden Müllkippen den Kampf ansagen wollen. „Von diesen Ankündigungen scheint nicht viel übrig geblieben zu sein.“



Grundsätzlich hält es die UWG: Freie Bürger für falsch, wenn Bürger den Müll von anderen wegräumen sollen. Winkler: „Offensichtlich scheint das Thema Sauberkeit – übrigens ein wesentlicher Aspekt in der ‚Bochum Strategie‘ - nur beim alljährlichen Stadtputz und der damit verbundenen medialen Aufmerksamkeit eine übergeordnete Rolle zu spielen. Anders können wir uns die reale Müll-Situation in unserer Stadt und die sparsame Antwort der Verwaltung nicht erklären.“

Platanen-Kahlschlag in klimakritischen Zeiten ist dumm und fahrlässig

„Es kann einfach nicht sein, dass in der heutigen klimakritischen Zeit ernsthaft darüber sinniert wird, über zwei Dutzend Platanen den Garaus zu machen, um eine Straße zu sanieren.“

Für Hans-Josef Winkler, dem Fraktionsvorsitzenden der Wattenscheider Bezirksfraktion der UWG: Freie Bürger, ist die Kahlschlag-Diskussion ein Unding, mehr noch: „Es ist dumm und fahrlässig.“ In Kürze werde politisch darüber entschieden, was auf der Graf-Adolf Straße im Rahmen der Kanalbauarbeiten und der nachfolgenden Neugestaltung der Straße geschehen wird. „Die Straße zählt zu den schönsten Straßenzügen Wattenscheids. Dort finden sich schicke Häuser aus der Gründerzeit und eben betagte und gesunde Bäume, die der Straße einen Allee-Charakter verleihen, wie er nur noch selten anzutreffen ist.“

Natürlich sei es richtig, dass der Fahrbahnbelag in die Jahre gekommen ist, es ist auch richtig, dass der Gehweg durch gehobene Bodenplatten, verursacht durch Wurzelwerk, Gefahren aufwirft. „Diese Gefahren zu beseitigen und den alten Baumbestand zu erhalten darf aber nicht im Gegensatz stehen. Hier wird die Verwaltung vor Umsetzung der Maßnahme noch einige Fragen beantworten müssen sobald die offizielle Beschlussvorlage vorliegt“, sagt Winkler und kritisiert: „Probleme dieser Art sind weder in Wattenscheid

noch in Bochum neu. Es ist seit Jahren unübersehbar, dass zahlreiche unserer Straßen Sanierungsfälle sind. Da hätte man schon vor langer Zeit tätig werden können.“

In erster Linie aber müsse nun ein Kompromiss gefunden werden, denn die Bäume müssen bewahrt werden und die bautechnischen Anforderungen müssen für Anwohner*innen und Nutzer der Straße funktional sein. „Dabei gilt, dass der Wurzelbereich von Bäumen grundsätzlich vor Eingriffen zu schützen ist. Auch unter Duldung ästhetischer und funktionaler Mängel sollte eine baumfreundliche Lösung gewählt und auch wiederholte Reparaturmaßnahmen hingenommen werden. Unserer Fraktion wird sich auf jeden Fall im Rahmen unserer Möglichkeiten für den Erhalt der 26 Platanen, die bereits seit über hundert Jahren friedlich wachsen, einsetzen.“



Kritik an rot-grüner Bildungspolitik

Grundschulsituation ist verheerend



Der Entwurf des „Schulentwicklungsplan - Teilplan Grundschulen“ liegt nun vor und wurde bereits in verschiedenen Gremien diskutiert. „Die jährliche Evaluierung der Grundschulentwicklung auf Grundlage von aktuellen Zahlen begrüßen wir ausdrücklich“, sagt Tim Pohlmann, schulpolitischer Sprecher der UWG: Freie Bürger-Ratsfraktion. Und er bekräftigt: „Eventuell kann dadurch verhindert werden, dass sich die Fehler der rot-grünen Schulpolitik, insbesondere im Hinblick auf die Situation in Wattenscheid, wiederholen.“

Nachdem unter Mehrheit der rot-grünen Koalition bis 2018 alleine vier Grundschulen in Wattenscheid geschlossen wurden, stellt sich heute die dramatische Situation in der Hellwegstadt so dar, das eine extreme Raumnot herrscht. So forderte die Bezirksvertretung bereits im März 2018 eine neue Grundschule. „Unsere gemeinsame Forderung jedoch spielte in den weiteren Überlegungen der Verwaltung keine Rolle“, sagt Hans-Josef Winkler, Fraktionsvorsitzender der UWG: Freie Bürger im Bezirk Wattenscheid. Im Rahmen der aktuellen Beratungen habe die Bezirksvertretung die Forderung zum Neubau einer Grundschule nochmals erneuert. Konsequenterweise

habe die Bezirksvertretung (mit Ausnahme der Grünen) den Schulentwicklungsplan für die Grundschulen abgelehnt. „Es hat uns nicht überrascht, dass der mit großer Mehrheit gefasste Beschluss von der rot-grünen Koalition im Bochumer Rat nicht aufgenommen wurde. Schließlich ist es immer häufiger zu beobachten, dass Beschlüsse der Bezirksvertretungen nicht umgesetzt werden“, kritisiert Winkler. Der Ausschuss für Schule und Bildung hat in seiner letzten Sitzung entschieden, nicht einzeln nach Bezirken abzustimmen. Pohlmann: „Das hat mich schon gewundert, da bis dahin die Vorberatungen noch gar nicht abgeschlossen waren und der Bezirk Wattenscheid mit großer Mehrheit dagegen gestimmt hatte. Unter diesen Voraussetzungen konnten wir die Beschlussvorlage leider nur ablehnen.“

Im Hinblick auf die millionenschweren Investitionen in das „Haus des Wissens“ stellt der Grundschulentwicklungsplan für Wattenscheid ein Armutszeugnis dar. „Zur Wahrung der Bildungschancen für alle, besonders in sozialen Brennpunkten, muss hier massiv in Bildung und Betreuung investiert werden. Kein Kind hat es verdient, seine Schulzeit in Containern zu verbringen, weil verfehlte Bildungspolitik zu einem zu knappen Raumangebot geführt hat“, kritisiert Winkler abschließend.

Stadtbücherei Bochum hinkt digitalem Zeitalter hinterher

Fehlende Streaming-Angebote



Filme streamen oder Hörbücher oder Musik sind zeitgemäße Zusatzdienste für Kunden von Bibliotheken in vielen deutschen Städten. Zum Beispiel, sagt Ulli Engelbrecht, sachkundiger Bürger im Ausschuss für Kultur und Tourismus, biete die Stadtbücherei im schleswig-holsteinischen Wedel ein reichhaltiges, übersichtlich angeordnetes und gut sortiertes Digital-Angebot über „filmfreund“ an (Streaming-Filmportal für Bibliotheken), „freegal“ (Musik) und „OverDrive“ (ebooks, Hörbücher). Diese Portale seien bequem über die Homepage der Wedeler Bibliothek zu erreichen.

„Warum geht das in Bochum nicht?“, wundert sich Engelbrecht und hat eine entsprechende Anfrage in den Ausschuss eingebracht. Seit dem Start von „filmfreund“ im Jahr 2017 hätten sich über 550 öffentliche Bibliotheken und Hochschulbibliotheken dazu entschlossen, mit dem europäischen Filmportal zu kooperieren, hat er recherchiert. Große Städte wie Hannover, Dortmund, Hamburg oder Bremen sind dabei, auch kleine Städte wie Radevormwald, Wipperfürth, Hattingen. „Sogar die ehrenamtlich geführte katholische Bücherei Odenthal bei Leverkusen findet man in der Auflistung.“

Nur in Bochum tut sich nichts. „Streaming ist nicht Zukunftsmusik, Streaming findet hier und heute statt“, sagt Engelbrecht. „Somit hinkt die Stadtbücherei dem digitalen Zeitalter offensichtlich gewaltig hinterher. Das macht sich nicht gut in einer Stadt, die Smart-City sein möchte.“ Er kritisiert auch, dass die Infoseite der Stadtbücherei im Internet kein gutes Aushängeschild sei. „Mit einer sinnvollen, informativen Website hat das nichts zu tun, hier verweist die Stadtbücherei lediglich auf das Portal ‚OnleiheRuhr‘, dem gemeinsamen digitalen Angebot der Stadtbüchereien Bochum, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Mönchengladbach.“

„Die Stadtbücherei muss jetzt digital auf Vordermann gebracht werden“, sagt Engelbrecht, „und nicht vielleicht erst dann, wenn der Umzug ins ‚Haus des Wissens‘ ansteht.“



Wer zahlt die Sicherung bei Brauchtumsveranstaltungen?

Klarheit muss her



Im Zuge des Ausklanges der Pandemie finden in diesem Jahr wieder öffentliche Veranstaltungen der Brauchtumspflege wie beispielsweise die Karnevalsumzüge in Wattenscheid und Bochum-Linden statt. Auch steht das Maiabendfest der Maischützen mit dem traditionell stattfindenden Umzug bevor.

„Bislang hat die Stadt Bochum durch Beschluss des Rates vom 30.1.2020 die Kosten für Absperr- und Verkehrssicherungsmaßnahmen im Sinne der Gefahrenabwehr bei Brauchtumsveranstaltungen wie beispielsweise Karnevalsumzüge, Rosenmontagsumzüge und dem Maiabendfest übernommen“, sagt Hans-Josef Winkler, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der UWG: Freie Bürger-Ratsfraktion. Offensichtlich sei dies laut einer Mitteilung der Verwaltung nun nicht mehr möglich. „Diese Leistungen hat

der Veranstalter, beispielsweise der Wattenscheider Festausschuss, nunmehr selbst zu erbringen. Auf Antrag können die Kosten für die Gefahrenabwehr aus bezirklichen Mitteln übernommen werden, wie die Übernahme der Kosten von 24.000 € des Wattenscheider Festausschusses durch Mittel der Bezirksvertretung Wattenscheid.“

Grund genug für seine Fraktion, im Rahmen einer Anfrage im Rat der Stadt Bochum die aktuell und zukünftig Problematik zu klären. „Warum ist es seitens der Stadt Bochum nicht mehr möglich, den Ratsbeschluss der vollständigen Bezuschussung der Kosten zur Gefahrenabwehr der Karnevalsumzüge und der Bochumer Maiabendgesellschaft umzusetzen? Inwieweit wird der Rosenmontagszug in Linden und der Umzug der Maischützen durch bezirkliche Mittel zur Übernahme von Kosten zur Gefahrenabwehr bezuschusst? Wenn ja, in welcher Höhe? Wenn nein, aus welchen Mitteln erfolgt die Übernahme der Kosten? Werden die entstandenen Kosten der Bezirksvertretungen von der Stadt Bochum übernommen?“

Winkler: „Wir hoffen auf eine zügige und sachdienliche Beantwortung, damit die strittige Situation baldmöglichst geklärt wird.“



Was ist eine Wähler-Gemeinschaft?

Keine Partei sondern ein Zusammenschluss von engagierten Bürgern

Die UWG: Freie Bürger ist eine Wähler-Gemeinschaft, keine Partei. Was aber ist eine Wähler-Gemeinschaft? Eine Wähler-Gemeinschaft ist ein Zusammenschluss von engagierten Bürgern, die zu Wahlen antreten, ohne den Status einer politischen Partei zu haben.

Der Schwerpunkt der politischen Arbeit von Wähler-Gemeinschaften ist oft die Kommunalpolitik, da bei Bundestagswahlen in Deutschland nur formelle Parteien antreten dürfen.



Die Fraktion UWG: Freie Bürger ist das Sprachrohr für die Wähler-Gemeinschaft und sie ist ideologie- und parteifrei. Bürgernähe, Unabhängigkeit und Transparenz lauten

die drei Grundsätze unseres politischen Handelns, dessen Ziel die Umsetzung der Grundsätze von Freiheit, Verantwortung und sozialer Gerechtigkeit ist.

Wir sind vor Ort in Wattenscheid (mit seiner speziellen Geschichte) und Bochum gleichermaßen Ansprechpartner für die Bürger.

Unsere Politik von Bürgern für Bürger steht unter dem Motto „Klarheit, Wahrheit, Offenheit“. So lautet unsere Maxime, und daher gehen wir gradlinig, pragmatisch, offen und ehrlich vor, stellen unbequeme Fragen, bieten praktikable Lösungen.

Wir gucken genau hin und denken nach: Über sinnvollere Verkehrskonzepte beispielsweise, die ein Miteinander und kein Gegeneinander beinhalten. Oder über den vernünftigen Umgang der Stadt mit den Steuergeldern. Wohnen, Kultur, Sport, Umwelt, Wirtschaft, Bildung, Soziales und so viele lebenswichtige Tupfer mehr mischen sich natürlich ebenfalls mit ein ins farbenprächtige Themenspektrum unseres Stadtgebietes, in dem wir uns interessiert und kritisch bewegen.



Übrigens: Wir finanzieren unsere politische Arbeit nur aus den Beiträgen und Spenden unserer Mitglieder.

Die Unabhängige Wähler-Gemeinschaft UWG: Freie Bürger nimmt als reine kommunalpolitische Kraft nicht an der staatlichen Parteienfinanzierung teil.

Wer bei uns mitmachen will, ist jederzeit herzlich willkommen. Anruf genügt!

**KLARHEIT ✓
WAHRHEIT ✓
OFFENHEIT ✓**

Themenschwerpunkte 2023

Was uns bewegt, was wir im Blick haben und vieles mehr

Wir behalten als Wähler-Gemeinschaft die Entwicklungen in Bochum und Wattenscheid im Blick. Wie wird es weitergehen beispielsweise mit den Quartiersentwicklungen, dem Umgang mit Schrottimmobilien oder der Sauberkeit in unserer Stadt? Inwieweit wird dem Bürgerwillen und der Bürgerbeteiligung Rechnung getragen? Wir begleiten auch im neuen Jahr die Arbeit der Verwaltung kritisch, wir mischen uns ein, wir fragen nach, prüfen frei und ungezwungen Alternativen und sind offen für vernünftige und zukunftsweisende Ideen. Klarheit-Wahrheit-Offenheit lautet unsere Maxime, die das Fundament unserer lokalen politischen Arbeit bildet.



Lebenswertes Bochum

Barrierefreiheit ist die Voraussetzung zur Inklusion von Menschen mit Behinderung und ihrer Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Daher muss sie bereits in der Planungsphase bei städtischen Projekten unbedingt mitgedacht und umgesetzt werden. Sinnvoll wäre es, den Beirat für Menschen mit Behinderung sowie betroffenen Bürgern miteinzubeziehen. In unserer Stadt müssen dringend öffentliche Toiletten gebaut werden. Es kann nicht sein, dass die Verwaltung seit Jahren auf ein sogenanntes „Toilettenprogramm“ verweist, das im Rahmen der „Bochum Strategie“ aufgelegt wurde.

Mobilität

Wir wollen mehr für Fußgänger tun und deren Mobilität nicht dem Radverkehr unterordnen. Gerade mobilitätseingeschränkte Menschen brauchen gut ausgebaute Fußwege ohne Stolperkanten, parkende Autos oder verkehrswidrig fahrende Radfahrer. 2023 wird für uns das Jahr der Fußgänger, da wir ja alle auf dem Weg sind – ob zum Auto, zum Fahrrad oder zum Bus.

Schule und Bildung

Wir wollen weiter die digitale Ausstattung von Schulen vorantreiben und begleiten. Zudem besteht auch weiterhin die drin-



UWG: Freie Bürger-Ratsfraktion: Jens Lücking, Hans-Josef Winkler, Tim Pohlmann

UNABHÄNGIGE
WÄHLER-GEMEINSCHAFT

UWG:

Wir
sind für
Sie vor
Ort!

Freie Bürger

gende Forderung nach einer weiteren Grundschule im Stadtbezirk Wattenscheid. Insgesamt muss es unser aller Ziel sein, die Kinder aus den Containern zu holen, denn Bildung ist unser höchstes Gut und fängt bei den Kleinsten an.

Wohnen

Wir halten es für notwendig, den Wohnungsbau in unserer Stadt zu fördern. Dringlicher aber ist es, in den Wohnungsbestand zu investieren, ihn dauerhaft zu sichern und Leerstand nutzbar zu machen. Die Ausweitung des Sozialwohnungsbestandes ist zudem anzustreben, vor allem durch Sanierung des Altbestandes. Flächen für Wohnraum müssen Vorrang vor Gewerbeflächen haben.

Soziale Politik in Bochum

Eine gute Sozialpolitik findet sich in zeitgemäß ausgestatteten Kindergärten und Schulen und in einem Lebensumfeld wieder, das vielfältige Angebote für die Integration von Zuwanderern, für Beschäftigung und Qualifizierung, für Sport, Erholung, Gesundheit und Kultur bereit hält. Deshalb setzen wir uns u.a. ein für: Solidarität mit Benachteiligten, Sprachförderung für Migranten und Hilfe zur Selbsthilfe.

Bochum als Wirtschaftsstandort

Wir wollen, dass Bochum ein zentraler Wirtschaftsstandort in NRW bleibt. Die Förderung der Unternehmen ist dabei im Zusammenhang mit den Ansprüchen der

Bochumer zu sehen, in einem lebenswerten und grünen Stadtumfeld zu wohnen. Maßnahmen zur Verbesserung wären z.B., dass die Steuerbelastung für Betriebe gesenkt wird, dass man sich verstärkt um Firmen bemüht, die ausbilden. Zudem muss ein vielfältiger Branchenmix im produzierenden Gewerbe gefördert und ausreichende Gewerbeflächen zur Verfügung gestellt werden.

Umwelt

Die Natur als Lebensgrundlage muss erhalten werden, denn Naherholungsräume und Frischluftschneisen sind lebensnotwendig. Daher sprechen wir uns für den Fortbestand und für die Weiterentwicklung von Naturräumen (u.a. Grünzüge) und Biotopen aus. Wo immer möglich und sinnvoll, sollten versiegelte Flächen, z. B. Plätze, Schulhöfe, entsiegelt werden. Es gilt daher, unsere Umwelt zu schützen und zu erhalten und das Bewusstsein eines jeden Einzelnen dafür zu stärken. Wir befürworten den Erhalt und den Schutz von Freiräumen und Schneisen. Naturerlebnisräume müssen geschaffen und Grünanlagen müssen gepflegt werden, um die Ortsteile aufzuwerten und um ein gesundes Umfeld zu schaffen. Wir streben Patenschaften zur Pflege von Bäumen, Grünanlagen und Freizeitanlagen im öffentlichen Bereich an. Wir machen uns stark für Umwelt-Aktionstage, die gemeinschaftlich von Bürger*innen und städtischen Mitarbeitern organisiert und durchgeführt werden.

Halteverbotszone im Bereich der Hellweg-Schule muss erweitert werden

„So geht es nicht weiter“, sagt Hans-Josef Winkler, „denn allmorgendlich gleicht sich das Bild auf der Lohackerstraße: haltende Elterntaxen blockieren die Fahrbahn, und der Durchgangsverkehr, einschließlich der Linienbusse, wird dadurch stark beeinträchtigt.“ Es entstünde zudem eine unübersichtliche und gefährliche Gemengelage, da sich die Schüler zwischen und hinter den haltenden Fahrzeugen die Straße queren. Deshalb hat die UWG: Freie Bürger dazu einen Antrag ins politische Gremium eingebracht: „Auf der Lohackerstraße wird die bestehende Halteverbotszone erweitert. In Fahrtrichtung Westenfelder Straße wird das bestehende Parkverbot ab Hausnummer 42 bis Hausnummer 10 in absolutes Halteverbot geändert. In der Gegenrichtung wird die Halteverbotszone ab Hausnummer 9 bis zur bestehenden Halteverbotszone verlängert.“

Winkler ist sich sicher: „Eine Erweiterung des bestehenden absoluten Halteverbotes könnte Abhilfe schaffen und so zur Verkehrssicherheit beitragen. Die Polizei sollte dann auch das erweiterte Halteverbot verschärft kontrollieren.“

Wildes LKW-Parken sorgt für Dreck und Lärm

Bereits seit Jahren beschweren sich die Anwohner in Bochum und Wattenscheid über zahlreiche parkende LKW im Halteverbot, über Lärm, erhöhte Feinstaubbelastung, Vermüllung und Fäkalisierung vor ihrer Haustür. Als Beispiele seien einmal die Markstraße, die Industriestraße, der Zeppelindamm und neuerdings auch die Straße Feldmark in Altenbochum genannt.

„Es ist dringend Handlungsbedarf angezeigt“, sagt Ulli Engelbrecht, sachkundiger Bürger im Ausschuss für Mobilität und Infrastruktur. Die Verwaltung sollte sich generell auf die Suche nach möglichen Stellplätzen machen, denn das Problem greife immer mehr um sich. Es betreffe die Anwohner, es betreffe aber eben auch die LKW-Fahrer, die nicht wissen, wo sie ihre Brummis abstellen sollen.

„Es gibt in Gewerbegebieten viele Flächenbereiche, die nicht genutzt werden. Da muss recherchiert werden, da müssen sachliche Gespräche mit Eigentümern geführt werden. Ein gebetsmühlenartig vorgetragenes ‚Geht nicht‘ ist nicht zielführend und darf es einfach nicht mehr geben.“



UWG-Urgesteine helfen mit Rat und Tat

Die drei politischen Wattenscheider „Urgesteine“ verfolgen mit wachem Blick die Arbeit der Wähler-Gemeinschaft UWG: Freie Bürger und stehen den Kolleginnen und Kollegen jederzeit mit Rat und Tat zur Seite. Denn: „Als Bürger bürgt man für die Stadt, da fühlt man sich verantwortlich“, sagt Klaus-Peter Hülder.

Karl Heinz Sekowski, Klaus Peter Hülder und Bodo Schmalstieg (von links nach rechts) sind sich einig in ihrer Einschätzung, dass die UWG: Freie Bürger eine gute und bürger-nahe Politik für Bochum und Wattenscheid gestaltet, ohne den Leitsatz „Klarheit, Wahrheit, Offenheit“ aus den Augen zu verlieren.

Klaus-Peter Hülder: „Es freut mich besonders, dass die Wähler-Gemeinschaft für Bochum und Wattenscheid auch nach der letzten Wahl in den Rat der Stadt Bochum und im Bezirk Wattenscheid jeweils in Fraktionsstärke einziehen konnte. Das Team um Jens Lücking, Hans-Josef Winkler und Tim Pohlmann kann somit sehr effizient im Rat und auch in den Fachausschüssen arbeiten.“

Besuch im Stadtarchiv: Bochum anders sehen

„Ich hätte noch stundenlang gucken können!“ Ein besseres Kompliment kann man der Ausstellung „Bochum macht sich – Schlaglichter Bochumer Geschichte“ nicht machen. Sichtlich beeindruckt war die Mitglieder-Gruppe der UWG: Freie Bürger, die dem Stadtarchiv an der Wittener Straße einen Besuch abstattete.

Das freute auch Dr. Kai Rawe, Chef des Hauses, der den Rundgang mit informativen Randnotizen ergänzte. Zum Beispiel führte er aus, dass Bochum 1321 keine Stadtrechte verliehen wurden, sondern: Am 8. Juni 1321 bestätigte und präziserte Graf Engelbert II. von der Mark in einer Urkunde der Siedlung um den Bochumer Reichshof einige Privilegien und setzte damit einen wichtigen Meilenstein in einem längeren Prozess der Stadtwerdung Bochums im Mittelalter. Rawe: „Die Ausstellung konzentriert sich auf Themen, an denen sich Umbrüche und der Umgang damit festmachen lassen. Ziel ist es, dass Bochumer Stadtgeschichte und Alltagsleben aus verschiedenen Perspektiven immer wieder neu entdeckt werden kann.“ Jeden ersten Sonntag im Monat gibt's um 14 Uhr eine kostenlose Führung.





Immer für Sie ansprechbar – die Mitarbeiter der Ratsfraktion: **Holger Happe, Andreas Friedewald** und **Ulli Engelbrecht** (Presse- und Öffentlichkeitsarbeit)



Marktsprechstunden im gesamten Stadtgebiet



Bürgersprechstunden persönlich und telefonisch in unseren Büroräumen

Kontakt, Termine und tagesaktuelle Meldungen finden Sie unter:

uwg-freie-buerger.de

Telefon: 0234 910-1983

info@uwg-freie-buerger.de

facebook.com/uwgfrieiebuerger

instagram.com/uwgfrieiebuerger_bo

twitter.com/uwgfrieiebuerger



„Banksprechstunde“ an von uns gestifteten Bänken



Schaukästen im Stadtgebiet